

22. April 2010

www.kas.de/sarajevowww.kas.de

Ambivalente Versöhnung

BELGRAD, SREBRENICA UND DER FALL EJUP GANIĆ

Am 30. März verabschiedete das Parlament Serbiens die „Resolution zur Verurteilung der Verbrechen in Srebrenica“.¹ Darin verurteilt es die Ermordung von rund 8000 muslimischen Bosniaken im Juli 1995 in Srebrenica. Anders als in der Deklaration des Europäischen Parlaments vom Januar 2009² taucht in der Resolution das Wort „Genozid“ nicht auf.

Auch die Zahl der Opfer und die Ursachen des Verbrechens bleiben unerwähnt. Stattdessen weist der Text nur auf ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes hin.³ Darin stellt das Gericht fest, dass es sich bei dem im Juli 1995 verübten Verbrechen um einen Völkermord gehandelt habe. Das Lavieren durch Verschweigen war notwendig, um im Parlament eine Mehrheit für die Annahme der Resolution zu sichern. Immer noch ist Serbiens Gesellschaft tief gespalten, wenn es um die Aufarbeitung der unter Milošević begangenen Kriegsverbrechen geht. Das Dokument fand nur eine knappe Mehrheit. 127 der 149 anwesenden Abgeordneten stimmten für die Resolution. Erwähnenswert

ist, dass sich die ehemalige Partei von Slobodan Milošević, die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), dafür aussprach. Für ihren Vorsitzenden, Ivica Dačić, sei die Verabschiedung wichtig, um die europäische Zukunft des Landes zu sichern. Zudem stimmten die Abgeordneten des Bündnisses „Für ein europäisches Serbien“ mit der Demokratischen Partei von Präsident Boris Tadić an der Spitze, G17 plus, Einheitliches Serbien (JS), die Partei der Rentner sowie Vertreter der nationalen Minderheiten für die Resolution. Demgegenüber lehnten die Vertreter der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) des früheren Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica diese entschieden ab. Sie warfen der Regierung vor, Serbiens Gegner damit einen Vorwand zu liefern, dem serbischen Volk die Schuld für alle Kriegsverbrechen, die im Jugoslawien-Krieg begangen wurden, anzuhängen. Die Vertreter der nationalistischen „Serbischen Radikalen Partei“ (SRS) blieben der Abstimmung fern. Einige ihrer Parlamentarier sehen bis heute im ehemaligen General und mutmaßlichen Hauptverantwortlichen für den Genozid, Ratko Mladić, einen Kriegshelden.⁴ Doch es gab auch andere Stimmen. So ging der Liberalen Demokratischen Partei der Entwurf nicht weit genug. Ihr Vorsitzender Čedomir Jovanović kritisierte, dass die Vorfälle von Srebrenica nicht explizit als Genozid bezeichnet würden.⁵ Aus Sicht von Nada Kolundžija, der stellvertretenden Vorsitzenden der Par-

¹ Declaration of the National Assembly of the Republic of Serbia condemning the crime in Srebrenica, 31.03.2010, Belgrade, <http://www.parlament.gov.rs/files/eng/pdf/2010/deklaracija%20ENG1.pdf> (06.04.2010).

² Vgl. European Parliament resolution on Srebrenica; <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=EN&reference=RC-B6-0022/2009>

³ Vgl. Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide (Bosnia and Herzegovina v. Serbia and Montenegro), Press Release 2007/8, 26 February 2007, <http://www.icjci.org/presscom/index.php?pr=1897&pt=1&p1=6&p2=1> (06.04.2010).

⁴ Vgl. Serbian Parliament condemns Srebrenica atrocities, in: www.SETimes.com, 1. April 2010

⁵ Vgl. Čedomir Jovanović: Probijen je led, in: www.vijesti.ba, 6. April 2010

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

lamentsgruppe „Für ein europäisches Serbien“, war die Verurteilung der Ermordung dennoch ein wichtiger Etappensieg. Sie betonte, die Resolution eröffne die Chance, ein dunkles Kapitel in der Geschichte Serbiens zu schließen und die Glaubwürdigkeit des Landes wieder herzustellen.⁶

Als Initiator der Resolution gilt Serbiens Präsident Boris Tadić. Sein vorrangiges Ziel war es, auf diese Weise die EU-Integration seines Landes zu beschleunigen. Während der schwedischen Präsidentschaft hatte Serbien seine Bewerbung für die EU-Mitgliedschaft eingereicht. Tadić ist sich dessen bewusst, dass die Chancen seines Landes auf eine positive Antwort steigen, wenn es gelingt, den mutmaßlichen Kriegsverbrecher Mladić festzunehmen. Die Zusammenarbeit mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal ist eine der Bedingungen für Serbiens EU-Annäherung. Doch nach einer baldigen Festnahme sieht es nicht aus. Tadić muss daher in anderen Feldern Erfolge vorweisen, um Serbiens Kritiker zu besänftigen. Einige EU-Staaten wie etwa die Niederlande stehen einem Kandidatenstatus Serbiens ablehnend gegenüber, solange Mladić flüchtig ist. Die Verabschiedung der Resolution zu Srebrenica erscheint deshalb von Nutzen. Sie hilft, die Öffentlichkeit in der Europäischen Union davon zu überzeugen, dass Serbien es mit der Aufarbeitung seiner Kriegsvergangenheit ernst meint.⁷

⁶ Eine ausführliche Analyse über die Auswirkungen der Resolution auf Serbien bieten: Henri Bohnet und Johannes Gold: Die Srebrenica-Resolution – geteilte Meinungen, KAS-Länderbericht Serbien, 21. April 2010, http://www.kas.de/wf/doc/kas_19415-544-1-30.pdf; sowie Michael Martens: Völkermord im Nebensatz, in: FAZ, 31. März 2010, www.faz.net

⁷ Diese Vermutung stützt sich vor allem auf den zweiten Absatz der Resolution. Darin wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Serbien den ICTY bei der Strafverfolgung unterstützen werde, um vor allem Mladić zu fassen, Vgl. Declaration of the National Assembly of the Republic of Serbia condemning the crime in Srebrenica, 31.03.2010, Belgrade, <http://www.parlament.gov.rs/files/eng/pdf/2010/deklaracija%20ENG1.pdf> (06.04.2010).

Überwiegend Lob aus dem Westen

Die Rechnung des serbischen Präsidenten scheint aufzugehen: Die internationale Gemeinschaft begrüßte die Resolution: Die Hohe Repräsentantin für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Catherine Ashton, und der EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle betonten, dass die Resolution von zentraler Bedeutung für die Annäherung Serbiens an die EU und die Versöhnung der Region sei. Gleichzeitig erinnerten sie daran, dass die Auslieferung der beiden mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ratko Mladić und Goran Hadžić noch aussteht. Sie forderten Serbien daher auf, die intensive Kooperation mit dem Haager Tribunal fortzusetzen.⁸ Einige Abgeordnete des Europäischen Parlaments wie etwa Doris Pack (CDU/EVP), äußerten sich kritischer. Für sie ist die Resolution nicht zufriedenstellend. Serbien zeige den Opfern kein Mitgefühl, solange es den Genozid in Srebrenica nicht ausdrücklich anerkenne. Auch der slowenische Europaparlamentarier Jelko Kacin (Liberale Partei Sloweniens/ALDE) und stellvertretender Vorsitzender der parlamentarischen Delegation für die Beziehungen zu Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro sowie Kosovo wies darauf hin, dass die Resolution zwar wichtig sei, der in Srebrenica verübte Völkermord jedoch beim Namen genannt werden müsse.⁹ Noch deutlicher äußerte sich die frühere Sprecherin der Chefanklägerin Carla del Ponte am Haager Tribunal, Florence Hartmann. Der Tatsache, dass die Resolution weder den Völkermord explizit anerkenne noch die Hintergründe des Massakers erwähne, könne nur ein Kalkül zugrunde liegen: Die Resolution solle Serbien von jeglicher politischer Verantwortung für diesen Völkermord befreien. Statt dessen solle das Verbrechen einzelnen Tä-

⁸ Vgl. European Union, 2010, Joint statement by High Representative Catherine Ashton and Commissioner Stefan Füle on the Serbian Declaration on Srebrenica, 31.03.2010, Brussels, http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/113647.pdf (01.04.2010).

⁹ Vgl. Kacin: Zlocin u Srebrenici ne moze biti nista drugo nego genocide, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, 31. März 2010

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

tern zur Last gelegt werden.¹⁰ Doch die Mehrheit der Experten hält die Resolution für das Maximum dessen, was die serbische Gesellschaft heute bereit ist, an Verantwortung für den Genozid in Srebrenica zu akzeptieren. Sie interpretieren die Resolution als eine indirekte Anerkennung des Genozids und bewerten die Resolution als wichtigen Schritt, um die Diskussion über die Kriegsvergangenheit des Landes in Gang zu bringen. Sogar die als kritisch bekannte serbische Menschenrechtlerin Natasa Kandić zeigte sich über die Resolution zufrieden. Sie sieht darin eine wichtige Grundlage zur Versöhnung der Region.¹¹

Widersprüchliches aus der Republika Srpska

Die Reaktionen in Bosnien und Herzegowina fallen gespalten aus. In der Republika Srpska, einer der beiden Entitäten des Landes, lehnten die Vertreter der regierenden Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) die Resolution entschieden ab. Nach Meinung ihres Vorsitzenden und Premierministers der Republika Srpska, Milorad Dodik, sei diese unnötig und irreführend.¹² Um einen Eindruck über die im Jugoslawien-Krieg verübten Gräueltaten zu erhalten, müssten auch die an den Serben begangenen Verbrechen berücksichtigt werden. Kroatien habe bis heute keine Resolution verabschiedet und sich für den Genozid des Ustascha-Regimes an den Serben, Roma und Juden im Konzentrationslager Jasenovac während des Zweiten Weltkrieges entschuldigt.¹³ Die Mitglieder der Radikalen Partei der Republika Srpska fürchten hingegen, dass „einige politische Gruppierungen in BuH“ die Resolution als Vorwand nutzen könnten, um die Republika Srpska als „Produkt des Geno-

zids“ zu diffamieren.¹⁴ Die gemeinsame Front dieser beiden Parteien bedeutet allerdings nicht, dass alle politischen Kräfte in der Republika Srpska die Resolution strikt ablehnen. Moderater zeigt sich die wirtschaftsliberale Partei des demokratischen Fortschritts (PDP). Ihr Vorsitzender, Mladen Ivanić, gab bekannt, dass er bereit sei, die Resolution anzuerkennen. Das trug ihm umgehend Kritik von Dodik ein. Ivanićs Stellvertreter, Branislav Borenović, ergänzte daher, dass aus seiner Sicht die Gefahr einer Instrumentalisierung der Resolution zu Lasten der bosnischen Serben nicht auszuschließen sei.¹⁵

Trotz dieses Hin und Her ist davon auszugehen, dass die Partei des demokratischen Fortschritts offen ist, die Resolution zu akzeptieren. Hoffnung gibt es auch bei anderen serbischen Kräften, allen voran bei der neu gegründeten Demokratischen Partei (DS) von Dragan Čavić. Čavić hatte sich einst als Präsident der Republika Srpska bei den Opfern von Srebrenica entschuldigt.¹⁶ Derzeit sind solche Gesten von den staatlichen Repräsentanten kaum zu erwarten. Im Gegenteil, Premierminister Dodik schürt die Spannungen zwischen Serben und Nicht-Serben. Er möchte sich so den Rückhalt der serbischen Wähler bei den bevorstehenden Parlamentswahlen sichern und von den Misserfolgen der Regierung ablenken¹⁷. Dafür ist ihm jedes Mittel recht. So ließ er dank der überragenden Mehrheit seiner Partei im Entitätsparlament kürzlich ein Refe-

¹⁰ Vgl. Florence Hartmann: Serbia and Srebrenica, in: The European Courier, 9. April 2010, <http://europeancourier.org/test/2010/04/09/hartmann-serbia-and-srebrenica/#more-731>

¹¹ Vgl. Kandić: Deklaracija o Srebrenici utjecat ce i na promijene stavova mnijenja u RS-u, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, 31. März 2010

¹² Vgl. Dodik: Deklaracija nepotrebna i ne obavezuje institucije RS, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, 31. März 2010

¹³ Vgl. Ebd.

¹⁴ Vgl. RS: PDP i SRS protiv srbijanske deklaracije, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, 31. März 2010

¹⁵ Vgl. Ebd.

¹⁶ Diese Entschuldigung ist in der bekannten Politiksendung „60 Minuten“ gefallen. Vgl. Podsjećanje u 60 minuta: Historijski govor Dragana Čavića za sve udžbenike, 6. April 2010, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, <http://www.vijesti.ba/topvideo/8424-Podsjećanje-minuta-Historijski-govor-Dragana-Cavica-sve-udzbenike.html>

¹⁷ So haben Wirtschaftsprobleme in der Republika Srpska zugenommen. Vgl. Paul Taylor: Bosnia's Economic Shackles, 19. April, in: New York Times, <http://www.nytimes.com/2010/04/20/business/global/20inside.html?scp=2&sq=bosnia&st=cse>

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

rendumsgesetz verabschieden, wohlwiegend, dass dies ungute Assoziationen an den blutigen Zerfall des Landes weckt. Auch warb er öffentlich für eine „friedliche Sezession der Republika Srpska von Bosnien und Herzegowina“. ¹⁸ Paradoxerweise könnten ihm die Unzulänglichkeiten in der Resolution in die Hände spielen. Indem weder der Genozid als solcher explizit noch die Opferzahlen genannt werden, bleibt der Raum für Relativierungen und Spekulationen groß. So fordert Dodik, die Zahl der Opfer in Srebrenica neu zu prüfen, obwohl die „Kommission für Srebrenica“ der Republika Srpska bereits 2004 eingeräumt hatte, dass rund 8000 Menschen in Srebrenica ermordet worden seien. ¹⁹ Zweifel an den Zahlen hat auch Mirsad Tokača, Leiter des Forschungs- und Dokumentationszentrums in Sarajevo. Er erinnerte kürzlich daran, dass die Kommission damals unter großen Druck gearbeitet habe. Es sei daher möglich, dass ca. 500 Personen auf der Liste der Vermissten noch am Leben seien. ²⁰ Doch auch wenn sich Tokačas Aussagen bewahrheiten sollten, ändert dies nichts an der Tatsache, dass es sich bei dem Verbrechen in Srebrenica um einen Genozid gehandelt hat. Das sieht auch der Hohe Repräsentant von BuH und EU-Sonderbeauftragte, Valentin Inzko, so. Er gab bekannt, dass er Dodiks Forderungen daher als geschmacklosen Versuch betrachte, den Völkermord zu relativieren. ²¹

¹⁸ Vgl. Dodik: Nije isključeno da RS jednog dana odluči o svom statusu, 26. März 2010, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba, <http://www.vijesti.ba/politika/7602-Dodik-Nijeiskljuceno-jednog-dana-odluci-svom-statusu.html>

¹⁹ Vgl. Diesen Bericht hatte die damalige Regierung der RS akzeptiert. Vgl. Izveštaj Komisije Vlade RS o zločinu u Srebrenici 1995: Otvaranje najmračnije stranice, in: Vreme, 1.7.2004, www.vreme.com. Die Kommission wurde eingesetzt, nachdem die Menschenrechtskammer von Bosnien und Herzegowina die Republika Srpska angeordnet hatte, u.a. einen Bericht über die Ereignisse in Srebrenica zu erstellen. Siehe ausführlich: DECISION ON ADMISSIBILITY AND MERITS, (delivered on 7 March 2003) The Srebrenica Cases, CH01-8365%20Selimovic%20Admissibility%20and%20Merits%20E

²⁰ Vgl. Vlada RS preispituje izveštaj o Srebrenici, in: RTV Republika Srpska, 8. April 2010, www.Rtv.rs/sr_lat/news/print/182839

²¹ Vgl. Office of the High Representative and EU Special Representative: RS Government

Eines ist sicher: Versöhnung und Verständigung werden durch Dodiks Äußerungen nicht erleichtert. Es verfestigt sich vielmehr der Eindruck, dass er kein Interesse hat, den Versöhnungsprozess zu fördern. Solange Dodik an der Macht ist, bleibt auch den moderaten Oppositionsparteien wenig Raum, um eine andere Position mehrheitsfähig zu machen.

Dies zeigt der erfolglose Aufruf der Islamischen Gemeinschaft von BuH kurz nach der Verabschiedung der Resolution. Darin appelliert sie an die einheimischen Politiker, dem Beispiel Serbiens zu folgen und eine ähnliche Resolution zu verabschieden. Doch ist ein solcher Vorstoß wegen des Widerstands der bosnischen Serben derzeit aussichtslos. Bisher scheiterten alle Versuche, so auch jener Entwurf, der wenige Tage nach der Annahme in Serbien in das Parlament von BuH eingebracht wurde. ²²

Positives Echo bei Bosniaken und Kroaten - Resolution als Schritt zur Anerkennung des Genozids in Srebrenica

Die Reaktionen aus dem bosniakischen und kroatischen politischen Lager auf Serbiens Resolution waren überwiegend positiv. Die größte bosniakische Partei, die Partei der Demokratischen Aktion (SDA), betonte, dass dieses Dokument ein guter Beginn sei, um die Spannungen zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien abzubauen. Auch die beiden größten kroatischen Parteien, die HDZ BiH und HDZ 1990, zeigten sich mit der Resolution zufrieden. Sogar das bosniakische Präsidiumsmitglied und Vorsitzender der Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH), Haris Silajdžić, räumte ein, dass Serbien mit dieser Resolution guten Willen bewiesen habe. Allerdings müssten diesem Willen Taten folgen. Im Klartext: Serbien müsse den Genozid in Srebrenica so schnell

Special Session A Distasteful Attempt to Question Genocide, Press release, 20.4.2010, http://www.ohr.int/ohrdept/presso/pressr/default.asp?content_id=44835

²² Vgl. Dženana Karabegović: Pred licem pravde, BiH i dalje bez Rezolucije o Srebrenici, in: Radio Slobodna Evropa, http://www.slobodnaevropa.org/content/parlament_bih_rezolucija_srebrenica/1957710.html

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

wie möglich anerkennen. Diese Sichtweise teilt auch die Islamische Gemeinschaft. Ihr Oberhaupt, Mustafa Cerić, betonte, die bosnischen Muslime sähen in der Resolution lediglich einen Anfang. Er warnte davor, sich damit zufriedenzugeben.²³

Anders als die Initiatoren aus Belgrad gehofft haben, bedeutet die Verabschiedung der Resolution demnach nicht, dass die Belgrader Regierung unter Srebrenica einen Schlusstrich ziehen kann. Für einen umfassende Versöhnung bleibt unerlässlich, dass Serbien das Verbrechen in Srebrenica als Genozid anerkennt. Angesichts der Spaltung der serbischen Gesellschaft über diese Frage ist kaum zu erwarten, dass die Anerkennung in Kürze erfolgt. Dies bedeutet, dass die Hinterbliebenen der Opfer des Völkermords auf die Anerkennung ihres Leids weiter warten müssen. Damit sind auch künftige Rückschläge bei der Versöhnung beider Länder nicht auszuschließen. Verbände wie die „Mütter von Srebrenica“ erklärten bereits unmissverständlich, dass sie Serbiens Entschuldigung nicht akzeptieren, solange der Völkermord in Srebrenica nicht explizit genannt werde. Auch auf serbischer Seite gibt es NGOs, die sich mit dem Stand nicht zufrieden geben wollen.²⁴

Der Fall Ejup Ganić

Die aktuelle Schulddebatte wird zudem an einem weiteren Strang in Bosnien und Herzegowina diskutiert: an der Festnahme von Ejup Ganić. Ganić, Professor für Ingenieurwesen und Präsident der Sarajevo School of Science and Technology, wurde am 1. März 2010, dem Unabhängigkeitstag von Bosnien und Herzegowina, von der britischen Polizei

²³ Vgl. Sabor Islamskie zajednice: Usvajanje Deklaracije o Srebrenici dobar, ali nedovoljan korak“, in: 24satainfo, 11. April 2010, <http://www.24sata.info/vijesti/bosna-hercegovina/30274-Sabor-Islamske-zajednice-Usvajanje-Deklaracije-Srebrenici-dobar-alinedovoljan-korak.html>

²⁴ Beispielsweise die Organisation „Žene u Crnom“, die in Belgrad ihren Sitz hat und sich nach eigenen Angaben als „feministische und antimilitarische Friedensorganisation“ bezeichnet. Vgl. http://www.zeneucnom.org/index.php?option=com_contact&catid=1&Itemid=3

am Flughafen Heathrow festgenommen. Hintergrund ist ein Auslieferungsgesuch Serbiens.²⁵ Dieses Gesuch enthält die Namen von Personen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Serbien wirft Ganić vor, für den Überfall auf einen Unbegleiteten Konvoi der Jugoslawischen Volksarmee (JNA) verantwortlich zu sein. Bei dem sogenannten „Vorfall in der Dobrovoljačkastraße“ kamen am 3. Mai 1992 nach Ansicht Serbiens 40 JNA-Soldaten ums Leben. Dies sei ein Kriegsverbrechen gewesen, da eine Vereinbarung mit der UN vorgelegen habe, die den Abzug der Truppen gestattete. Bosnische Sonderpolizisten und paramilitärische Einheiten haben die Vereinbarung missachtet. Da Ganić zu diesem Zeitpunkt amtierender Präsident von Bosnien und Herzegowina war, müsse er sich für diesen Überfall vor Gericht verantworten.

Ganić übernahm die Präsidentschaft, nachdem Präsident Alija Izetbegović am 2. Mai 1992 von der Jugoslawischen Volksarmee am Flughafen von Sarajevo festgesetzt worden war. Um Izetbegović wieder frei zu kommen, vereinbarte Ganić mit der JNA-Führung unter der Vermittlung von UNPROFOR, den Präsidenten gegen hochrangige Offiziere auszutauschen. Der Austausch geriet jedoch außer Kontrolle. Bosnische Sonderpolizisten sollen laut serbischer Justiz auf Befehl von Ganić auf die Truppen geschossen haben.

Ganić streitet diesen Vorwurf ab. Er bezeichnet Belgrads Vorgehen als Versuch, die Geschichte umzuschreiben. In einem Interview mit der Zeitschrift „Dani“ wirft er Ser-

²⁵ Über die Rechtsgrundlagen gab es widersprüchliche Angaben. Während einige Medien in BuH sich auf das Europäische Auslieferungsübereinkommen von 1957 beriefen, verwiesen andere wiederum auf einen bilateralen Vertrag, der 1901 zwischen Großbritannien und dem einst königlichen Jugoslawien abgeschlossen worden war. Vgl. Pritvoren Ejup Ganic: U Londonu do 29. Marta, in: Oslobođenje, 1. März 2010, www.oslobodjenje.ba; Die Times bezieht sich auf Aussagen des britischen Außenministeriums, wonach es sich um ein Auslieferungsabkommen von 2003 gehandelt habe. Vgl. Frances Gibb, Ejup Ganic claims 'war crimes' extradition to Serbia is politically motivated, 14. April 2010, in: The Times, <http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/europe/article7096761.ece>

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

bien vor, sich mit Milošević' Niederlage nicht abfinden zu können. Es betreibe bewusst die Umkehrung historischer Fakten.²⁶ Auch Zeitzeugen wie der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber des Hauptstabes der Territorialen Verteidigung der Republik BiH, General Jovan Divjak, ein Serbe, widersprechen der Darstellung, dass Ganić den Befehl zum Schießen gegeben habe. Dies sei gar nicht möglich gewesen, da es zu diesem Zeitpunkt kein einheitliches Kommando über die bosnischen Kampfeinheiten gegeben habe. Die Truppen agierten unabhängig voneinander.²⁷ Die Schüsse fielen, nachdem Mitglieder der bosnischen Kampfeinheiten den Konvoi mit Izetbegović gestoppt hatten. Während die vorderen Wagen der Kolonne mit dem Präsidenten an Bord passieren durften, beschossen die Angreifer die hinteren und nahmen diese ein. Doch auch Divjak räumt ein, dass es sich um einen Verstoß gegen das vereinbarte Abkommen gehandelt habe. Anders als von Serbien behauptet, seien bei diesem Angriff jedoch nicht mehr als ein Dutzend JNA-Soldaten ums Leben gekommen.²⁸

Für die Menschen, die während der Belagerung in Sarajevo lebten, ist schwer zu verstehen, dass dieser Schusswechsel ein Kriegsverbrechen darstellen soll. Der Vorfall ereignete sich, nachdem die Stadt bereits beschossen wurde und Sarajevo zivile Opfer zu beklagen hatte. Es war bekannt, dass die bosnischen Serben dabei auf die Waffenbestände der JNA zurückgriffen und Schützenhilfe aus Belgrad erhielten. Seit dem 5. April 1992 hatte die bosnisch-serbische Armee den Belagerungsring um Sarajevo geschlossen. Das Haager Tribunal lehnte es vor einigen Jahren ab, den Vorfall in der Dobrovol-

jačkastraße zu untersuchen. Es traf eine so genannte Annahmeentscheidung, dass es keine Beweise gebe, um Untersuchungen einzuleiten. Daraufhin leitete das Gericht von Bosnien und Herzegowina ein Verfahren ein, das jedoch schnell stagnierte. Parallel führte Serbien Ermittlungen durch. Belgrads Motiv scheint klar: Es möchte nachweisen, dass auch Angehörige anderer ethnischer Gruppen Kriegsverbrechen begingen. Bisher sind die Angeklagten vor dem Haager Tribunal überwiegend Serben. Dieser Wunsch erscheint vielen Bosniaken und Kroaten in Bosnien-Herzegowina unverständlich. In Sarajevo und Städten der Föderation von Bosnien und Herzegowina, der anderen Entität des Landes, fanden Kundgebungen für die Freilassung von Ganić statt. Aus Sicht der Demonstranten möchte Serbien Ganić als Kriegsverbrecher verurteilen, um die eigene Verantwortung für den Jugoslawien-Krieg zu relativieren. Das Lavieren bei der Srebrenica-Resolution macht diese Vermutung plausibel. Den Versöhnungsbemühungen des serbischen Präsidenten begegnen die bosniakische Öffentlichkeit daher reserviert, auch wenn Tadić kürzlich in einem Artikel des Wall Street Journals bekräftigte, dass Serbien es mit der Versöhnung ernst meine.²⁹

Das Urteil über den jüngsten Auftritt des kroatischen Präsidenten Ivo Josipović in Bosnien und Herzegowina fiel positiver aus. Vor einigen Tagen hielt er eine viel beachtete Rede vor dem Parlament von Bosnien und Herzegowina. Darin entschuldigte Josipović sich für die unrühmliche Rolle, die sein Land im Krieg in Bosnien und Herzegowina spielte.³⁰ Der Präsident fuhr zudem nach Ahmići, ein Dorf in der Nähe der Stadt Vitez. Dort hatten am 16. April 1993 kroatische Kämpfer über hundert Bosniaken ermordet. Zum ersten Mal nahm ein kroatischer Präsident gemeinsam mit dem Kardinal und Erzbischof von Vrhbosna, Vinko Pu-

²⁶ Vgl. Ejup Ganić: Srbija ne prihvata poraz Miloševića u Bosni, in: Dani, 16.4.2010, S. 15-17

²⁷ Vgl. Omer Karabeg: What Really Happened During The Dobrovoljacka Attack? Interview with Jovan Divjak, March 8, RFE/RL, http://www.rferl.org/content/What_Really_Happened_During_The_Dobrovoljacka_Attack/1977945.html.

²⁸ Lauren Silver und Allan Little sprechen von 7 Opfern und mehreren Verletzten. Vgl. Laura Silver, Allan Little: Yugoslavia. Death of a Nation, New York 1997

²⁹ Vgl. Boris Tadić: An Apology for Srebrenica, in: Wallstreet Journal, April 16, 2010, http://online.wsj.com/article/SB10001424052702303695604575182284149946008.html?mod=WSJ_Opinion_LEFTTopOpinion

³⁰ Vgl. Historijski govor Ive Josipovića, predsjednika Hrvatske u Parlamentu BiH, in: Sve vijesti, www.vijesti.ba

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

lić, an der jährlichen Gedenkfeier für die Opfer des Massakers teil, bei der auch das Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft, Mustafa Cerić, und Hinterbliebene der Opfer anwesend waren.³¹ Anschließend fuhr der kroatische Präsident nach Križančevu Selo. Dort hatten 1993 bosniakische Kämpfer knapp 80 Kroaten umgebracht.³²

Vertreter der bosnischen Serben äußerten sich kritisch über den Besuch von Josipović in Bosnien und Herzegowina. Der Vorsitzende des Ministerrats von Bosnien und Herzegowina, Nikola Spirić, machte deutlich, dass er von dem Auftritt des Präsidenten enttäuscht sei. Dieser habe nur die Gedenkstätten für die Opfer der bosniakischen und kroatischen Bevölkerung des Landes besucht. Jene Orte, an denen Serben umgebracht worden seien, habe er dagegen ausgespart. So hätte Josipović auch nach Sarajevo zur Dobrovoljačkastraße kommen sollen.³³ Spirićs Kritik überrascht kaum. Er ist bosnischer Serbe und Mitglied in Dodiks Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten. Erneut zeigen sie die geringste Bereitschaft, die Versöhnungsgeste dafür zu nutzen, die Spannungen zwischen den Serben und Nicht-Serben in Bosnien und Herzegowina abzubauen.

Der Vorfall macht deutlich, dass die Ursachen für die mangelnde Fähigkeit zur Aussöhnung nicht allein in Serbien zu suchen sind. Bis heute gibt es kein gemeinsames Narrativ zur jüngsten Kriegsvorgangeneit in Bosnien und Herzegowina. Bei allen drei konstituierenden Völkern von BuH dominieren Geschichtsbilder, die vorwiegend das Leid der eigenen Ethnie thematisieren. Der tiefste Graben verläuft zwischen den bosni-

³¹ Vgl. Marija Arnautović, Tina Jelin, Josipović se poklonio bošnjačkim žrtvama u Ahmićima, in: Radio Slobodna Evropa, 15.4.2010, http://www.slobodnaevropa.org/content/josipovic_bih_ahmici_posjeta/2012751.html

³² Vgl. Pulić, Cerić i Josipovic poklonili se žrtvama u Ahmićima i Kržančevu selu, in: Dnevnik, 15. April 2010, <http://www.dnevnik.ba>

³³ Vgl. Nikola Špirić: Mogao je Josipović i do Dobrovoljačke prošetati, 15.4.2010, in: SEEBIZ, <http://www.seebiz.eu/bih/politika/nikola-spiricmogao-je-josipovic-i-do-dobrovoljackeprosetati,74350.html>

schen Serben und Bosniaken. Die Resolution Serbiens stellt daher trotz ihrer Mängel einen wichtigen Schritt dar, um einen Versöhnungsprozess zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien einzuleiten. Für die Versöhnung in Bosnien und Herzegowina eignet sie sich jedoch nur bedingt. Solange in der Republika Sprska kein offener Vergangenheitsdiskurs möglich ist, wird es zwischen den Serben und Bosniaken keine nennenswerte Fortschritte bei der Versöhnung geben. Allerdings hat die Resolution eine wichtige Folge: Serbisch-nationalistischen Kreisen in Bosnien und Herzegowina wird es künftig schwerer fallen, den Völkermord in Srebrenica zu relativieren oder gar zu leugnen. Sie ist daher ein erster Schritt, um in Bosnien-Herzegowina Serbiens guten Willen zu demonstrieren und auch zu prüfen, wie viel Substanz sich hinter den Bekundungen von Präsident Tadić verbirgt. Serbiens Auftreten im Fall Ganić erschwert jedoch eine Annäherung. Es beunruhigt die bosniakische Bevölkerung in BuH und weckt Zweifel an der Aufrichtigkeit der serbischen Versöhnungsbemühungen. Erst vor einigen Wochen hatten die beiden Justizminister von Serbien und Bosnien-Herzegowina ein Abkommen unterzeichnet, wonach mutmaßliche Kriegsverbrecher in dem Land vor Gericht gestellt werden sollen, wo das Verbrechen begangen worden war.³⁴ Demnach hätte Ganić umgehend an Bosnien und Herzegowina ausgeliefert werden müssen. Zwar ist er mittlerweile wieder auf freiem Fuß, doch darf er Großbritannien nicht verlassen. Belgrad lässt nicht locker und macht Druck auf die britischen Behörden. Das zuständige Gericht in London hat noch nicht entschieden, ob es dem Gesuch Serbiens stattgibt und prüft die Beweislage. Nach Meinung von Damir Arnaut, dem Rechtsberater des bosniakischen Präsidiumsmitglieds Haris Silajdžić, gibt es keine gesetzliche Grundlage für eine Auslieferung von Ganić an Belgrad. Seiner Meinung nach fehlen neue Beweise, die Ganićs Schuld am „Vorfall in der Dobrovoljačkastraße“ nachweisen. Diese seien jedoch unerlässlich, um

³⁴ Vgl. Potpisan sporazum između BiH i Srbije: Onemogućeno izbjegavanje izdržavanja kazne, in: 24sata.info, 26.02.2010, www.24sata.info

22. April 2010

www.kas.de/sarajevo

www.kas.de

den Fall noch mal aufrollen zu können. Das, was Serbien bisher an Großbritannien geliefert habe, reiche nicht aus.³⁵ Ob Arnaut recht behält, wird sich zeigen. Serbien wäre gut beraten, den Fall Ganić nicht weiter zu verfolgen. Zu groß ist das Destruktionspotential, das die bisherigen Versöhnungsbestrebungen wieder zunichte machen könnte. Damit würden auch die unkonstruktiven Kräfte im bosniakischen Lager gestärkt. Ein Repräsentant dieser Kräfte ist das Präsidiumsmitglied Haris Silajdžić. Sein jüngster Auftritt bei der Wirtschaftsmesse in Mostar machte deutlich, dass er kein Interesse an einer Annäherung an Belgrad hat. Zur Eröffnung beschuldigte er den serbischen Präsidenten Tadić coram publico, mit dem Fall Ganić böse Absichten zu verfolgen: „Nachdem wir uns ethnisch nicht haben säubern lassen, verfolgen sie uns nun in London, Belgrad oder sonst wo“.³⁶ Diese Äußerung empfand der Vorsitzende der größten bosniakischen Partei, der Partei der Demokratischen Aktion, Sulejman Tihić, als Brückierung und damit als wenig hilfreich. Ein solches öffentliches Forum eigne sich nicht, sensible Fragen zu erörtern.³⁷ Ein Gespräch mit Serbiens Präsidenten, um diese Misstöne auszuräumen, fand jedoch nicht statt. Zu gut eignet sich Belgrad als Feindbild, um die Spannungen zwischen Serben und Bosniaken zu schüren. Silajdžić scheint zu hoffen, sich dadurch bei den bevorstehenden Wahlen im Oktober die Stimmen im bosniakischen Lager zu sichern. Er nutzt den Fall Ganić, um Serbien an den Pranger zu stellen. Dies ist Wasser auf die Mühlen von Milorad Dodik, der Belgrads Linie folgt und Ganić wegen Kriegsverbrechen vor Gericht bringen will. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass Silajdžić und Dodik am stärksten von

der Diskussion über Ganić profitieren und damit ihre Chancen steigen, bei den Wahlen die Oberhand zu gewinnen. Dies wäre für die Versöhnung zwischen Bosnien-Herzegowina und Serbien ein Bärendienst. Ein wichtiger Beitrag wäre es, im Fall Ganić eine Lösung zu finden, die es Serbien ermöglicht, der Entscheidung des Haager Tribunals zu folgen und das Auslieferungsgesuch zurückzuziehen. Damit könnte Belgrad zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Europa seine Integrationsreife beweisen und einen Versöhnungsprozess mit Bosnien und Herzegowina einleiten.

³⁵ Vgl. Justice Report: Request for Ganic's Arrest Illegal, Balkan Investigation Network BiH, March 10, 2010, <http://www.bim.ba/en/209/10/26446/>

³⁶ Vgl. Bosnia's Silajdzic Questions Serbia's Intentions, 13. April 2010, in: BalkanInsight.com, http://www.balkaninsight.com/en/main/news/27303/?tpl=299&ST1=Text&ST_T1=Article&ST_AS1=1&ST_max=1

³⁷ Vgl. „Radončić ruši Izetbegovićevu politiku, Interview mit Sulejman Tihić, Vorsitzender der SDA, in: Oslobođenje, 16. April 2010, S. 5